

Rede zur Einbringung des Jahresabschlusses 2010

(im Rahmen der Sitzung des Titzer Gemeinderats am 21. Juli 2011;
es gilt das gesprochene Wort)

Meine sehr geehrten Damen,
meine Herren,

vor Ihnen liegt der Jahresabschluss 2010. Diesem Abschluss zufolge, ist ein Fehlbetrag in einer Höhe von rund 1,47 Mio. Euro zu beklagen. Zur Erinnerung: Der Haushaltsplanbeschluss vom 18. März 2010, der wie der Etatbeschluss des Jahres 2011 einstimmig erfolgte, sah ein geplantes Defizit von etwa 1,49 Mio. Euro vor. Demnach hätte sich im Laufe des Jahres 2010 die Titzer Haushaltslage um zarte 20.000 Euro verbessert, fast eine Punktlandung also. Dem ist aber nicht so; tatsächlich nämlich haben wir im Haushaltsvollzug die Defizitentwicklung deutlicher bremsen können, als es diese Zahlen aussagen.

Sie erinnern sich wahrscheinlich:

Im Rahmen meiner diesjährigen Haushaltsrede hatte ich Ihnen bereits angekündigt, dass wir Haushaltsverbesserungen des letzten Jahres nutzen sollten, um im höchstzulässigen Rahmen so genannte Rückstellungen zu bilden. Ich zitiere aus meiner Haushaltsrede vom 17. Februar 2011:

„Aufgrund steigender Gewerbesteuererinnahmen und als messbares Ergebnis spürbarer Ausgabendisziplin wird der Jahresabschluss also einige Reserven gegenüber dem beschlossenen Haushaltsplan offenbaren. An sich hätten wir diese Haushaltsverbesserung gerne genutzt, um das Defizit 2010 abzumildern, also den Eigenkapitalverzehr zu verringern. Stattdessen werden wir nun bilanzielle Rückstellungen, insbesondere für Unterhaltungsmaßnahmen, bilden, um die laufenden Ansätze im Haushalt 2011 und in den Folgejahren zu reduzieren. Darüber entlasten wir kommende Haushalte.“

Zitatende.

Genau dies haben im Rahmen der Erstellung des Ihnen nun vorliegenden Jahresabschlusses auch umgesetzt, und zwar in einer Höhe von 538.000 Euro.

Konkret:

- Für verschiedene Sach- und Dienstleistungen, die 2011 und in den folgenden Jahren anstehen, wurden Rückstellungen in einem Volumen von 458.000 Euro gebildet oder bereits bestehende Rückstellungen erhöht.
- Außerdem haben wir für eine ungeklärte Verbindlichkeit eine weitere Rückstellung, gewissermaßen als Vorsorge, von 80.000 Euro eingerichtet.

Über diese Buchungen nutzen wir den Spielraum, den uns die Kommunalaufsicht über die genehmigte Rücklagenentnahme 2010 eingeräumt hat. Die entsprechend gebildeten Rückstellungen benötigen wir, um verschiedene laufende Haushaltsansätze, insbesondere im Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsbereich unserer Gebäude, niedrig zu halten. Bei unabweisbaren Maßnahmen können wir auf die hierfür gebildeten Rückstellungen zurückgreifen. Klartext also: Wir haben das Defizit 2010 erhöht, um die Defizite 2011 und der kommenden Jahre zu begrenzen.

Das ist auch bitter nötig:

Denn die Rahmenbedingungen, unter denen wir auch zukünftig unsere Haushalte aufzustellen und zu bewirtschaften haben, werden sich weiter verschlechtern. Sie wissen, dass die in Düsseldorf regierende Minderheitsregierung die Schlüsselzuweisungen insbesondere für die ländlichen Kommunen bereits für das Jahr 2011 massiv zusammengestrichen hat.

Und zu befürchten ist, dass sich diese unheilige Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzen wird; ich zitiere aus einem aktuellen Schnellbrief des Städte- und Gemeindebundes NRW, mit dem dieser die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über seine Eindrücke aus Gesprächen mit der Landesregierung berichtet:

- Der Soziallastenansatz, der in diesem Jahr massiv erhöht wurde, soll demnach weiter steigen. Das ist schlecht für den ländlichen Raum.
- Die Einführung eines Flächenansatzes, seit Jahren durch den ländlichen Raum gefordert, ist nach wie vor nicht sicher.
- Der Zentralitätsansatz, der sich an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten festmacht, soll angehoben werden. Als arbeitsplatzarme Kommune wird Titz auch hier zu den Verlierern zählen.
- Die Sonderzuweisungen, z.B. die Abwassergebührenhilfe, sollen ersatzlos wegfallen. Das wird Gebührenzahler treffen vor allem in Kommunen mit vielen Ortsteilen, treffen. Titz zählt dazu.
- Und die Großstädte laufen Sturm gegen die Einführung gestaffelter Hebesätze. Kleine Gemeinden werden also weiterhin aufgefordert sein, ihre Hebesätze, z.B. für die Grundsteuer B oder Gewerbesteuer den Sätzen der Großstädte anzupassen.

Gleich mehrfach trifft der Städte- und Gemeindebund in seinem Schnellbrief folgende Aussage: „Insbesondere Kommunen in der Größenklasse bis 25.000 Einwohner werden negativ betroffen sein.“ Zu den Gewinnern aller Reformen der rot-grünen Landesregierung zählen in erster Linie die Großstädte.

Das ist auch kein Wunder; denn:

Von den 67 Abgeordneten der SPD kommen 45 aus kreisfreien Städten, also zwei Drittel. Bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind es 12 von 23, auch mehr als die Hälfte. Diese Abgeordneten haben offensichtlich kein Interesse an der Stärkung des ländlichen Raums. Herr Vaehsen, Herr Simons, Herr Schüller, Frau Fischermann, Sie wissen: Ihre Arbeit im Titzer Rat schätze ich sehr, aber ich muss Ihnen deutlich sagen: Mit Ihrer Vertretung in unserer Landgemeinde sind Sie krasse Außenseiter in Ihren eigenen Parteien.

Meine Damen und Herren,

wir werden seitens der Verwaltung weiterhin alles daran setzen, Titzer Haushalte so aufzustellen und so zu bewirtschaften, dass wir auch weiterhin weitestgehend selbst bestimmt agieren können, eben nicht unter das Diktat eines aufzustellenden Haushaltssicherungskonzepts fallen werden.

Aber es wird zunehmend schwerer. Dazu trägt sicherlich auch der Finanzbedarf des Kreises bei. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Kreisumlage entwickeln wird; Ende dieses Jahres wissen wir mehr, wenn der Verwaltungsentwurf des Kreishaushalts vorgestellt wird. Angesichts der Steigerungsraten der Vorjahre bin ich hier allerdings auch nicht sonderlich optimistisch, dass es zu Entlastungen kommen wird.

Kommen wir noch einmal zurück zum vorliegenden Jahresabschluss; ich sagte es bereits: Ohne die Bildung von Rückstellungen hätten wir heute ein Defizit in einer Höhe von knapp 934.000 Euro festzustellen haben. Das heißt: Auf jeden der in unserer Gemeinde lebenden 8.300 Menschen entfällt ein Fehlbetrag in einem Volumen von etwas mehr als 112 Euro. In erster Linie belasten wir nicht; nein, wir legen massiv drauf!

2010 habe ich einmal gesagt:

„Wir könnten nun Fatalismus in unser Rathaus einziehen lassen, die Schultern zucken, es machen wie andere, unsere eigenen Einnahmen womöglich senken, unsere eigenen Standards erhöhen, da wir den Hochgeschwindigkeitszug in die Staatsverschuldung in Titz ohnehin nicht aufhalten können.“

Dies allerdings wäre verantwortungslos und würde auch nicht dem Handeln entsprechen, das unsere Gemeinde – trotz des heute defizitär vorgelegten Haushalts – zu einer vergleichsweise gut aufgestellten Kommune gemacht hat.“

Zitatende.

Wir müssen weiter an uns arbeiten. Und wir müssen weiter bereit sein, gelegentlich auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Denn einen Weg dürfen wir weiterhin nicht einschlagen: Den der Verschuldung auf Kosten nachfolgender Generationen.

Meine sehr geehrten Damen,
meine Herren,

zum weiteren Verfahren:

Eine Aussprache über die eingebrachte Jahresrechnung ist an dieser Stelle nicht vorgesehen; der übliche Weg ist die reine Entgegennahme des Jahresabschlusses und die weitere Verweisung an den Rechnungsprüfungsausschuss. So lautet auch der Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat dieses Werk zu prüfen. Nach terminlicher Vereinbarung mit dem Ausschussvorsitzenden, Herrn von Contzen, wird der Ausschuss wahrscheinlich im September tagen können; im Rahmen dieser Sitzung kann dann auch die durch den Ausschussvorsitzenden gewünschte kurze Darstellung über die Grundlagen bzw. Zusammenhänge des kommunalen Haushaltsrechts durch einen externen Referenten erfolgen.

Nach Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss obliegt es dem Rat, die Jahresrechnung festzustellen und dem Bürgermeister, stellvertretend für die Verwaltung, die Entlastung zu erteilen. So Ihnen danach ist.

Meine Damen und Herren,
wichtig ist es mir abschließend, unserer Finanzabteilung zu danken.

Ich spreche hier persönlich unseren Kämmerer, Herrn Krauthausen, er lässt sich wegen seines wohl verdienten Urlaubs entschuldigen, ganz besonders aber den Leiter der Finanzabteilung, Herrn Dahlem, an. Ich weiß, Herr Dahlem, es war ein schweres Stück Arbeit, diesen Abschluss noch vor der Sommerpause zu erstellen, so früh übrigens wie nie seit Einführung des neuen kommunalen Finanzrechts im Jahr 2006.

Besten Dank dafür!

Und an die Ratsmitglieder gerichtet:
Dank dafür, dass Sie mir zugehört haben!